informationen
157 | 2016-3

OHNE RÜSTUNG LEBEN

2 Keinen Cent mehr fürs Militär | 5 »... nicht ohne Russland!« | 7 Kleinwaffenexporte und ihre Folgen

Um jeden Preis?

Von Hohn im hohen Norden bis Stetten am kalten Markt im tiefen Süden, von Trier im Westen bis Schlieben im Osten: Zum zweiten Mal präsentierte sich die Bundeswehr mit einem Tag der offenen Tür an 16 Standorten quer durch ganz Deutschland.

»Türen auf, Klappen auf, Luken auf! Schauen Sie sich die Bundeswehr an.« Mit diesen Worten eröffnete Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 11. Juni 2016 den Tag der offenen Tür bei ihrem Besuch im sächsischen Frankenberg. Und die Bundeswehr berichtet stolz auf ihrer Webseite: »Ob Schiffe, Panzer, Flugzeuge oder auch Menschen und Tiere mit ganz besonderen Fähigkeiten – alles konnten die Besucher nicht nur ansehen, sondern auch erleben und anfassen.«

Kinder an die Waffen

Ansehen, erleben und anfassen durften auch schon Vorschulkinder. Fotos, die von Aktiven aus der Friedensbewegung veröffentlicht wurden, zeigen Kinder an Waffen: das eine bestaunt ein Scharfschützengewehr vom Typ G 28, ein anderes hat ein G 36-Gewehr in der Hand, ein weiteres eine P 8-Pistole und ein Kind erhält gerade eine Einweisung an einer Maschinenpistole vom Typ MP 7 – alles Kleinwaffen aus der Produktion von Heckler & Koch. Mit solch zweifelhaften Angeboten wurden jedoch selbst die internen Regelungen der Bundeswehr eindeutig überschritten: Ein Erlass des Bundesministeriums der Verteidigung aus dem Jahr 2011 verbietet es, bei Bundeswehrveranstaltungen Personen unter 18 Jahren an Handfeuerwaffen zu lassen.

Quelle: DFG-VK

Ministerin von der Leyen reagierte umgehend auf Proteste aus der Friedensbewegung und bekräftigte öffentlich dieses Verbot.

Akzeptanz für die Bundeswehr erhöhen

Mit Angeboten wie dem Tag der offenen Tür und familienfreundlicheren Dienstzeiten, mit der Werbung in Schulen und auf Bildungsmessen soll die Akzeptanz für die Bundeswehr erhöht werden. Und erhöht werden soll auch der Verteidigungshaushalt. Ministerin von der Leyen plant eine Anhebung der Ausgaben für Soldaten, neue Waffen und Militäreinsätze bis 2020 von derzeit 34,3 Milliarden auf 39,2 Milliarden Euro.

Die Kanzlerin will mehr

Vor dem CDU-Wirtschaftsrat mahnte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel am 21. Juni 2016 höhere Verteidigungsausgaben an. Ein Land wie Deutschland, das heute 1,2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgebe und die USA, die 3,4 Prozent dafür verwendeten, müssten sich »annähern«. Die Begründung: Deutschland stehe vor neuen Bedrohungen, »auch gerade in der Umgebung der Europäischen Union oder bei asymmetrischen Bedrohungen wie den terroristischen Gefahren«. Eine Begründung, die mehr Fragen aufwirft, als sie beantwortet: Wer bedroht global gesehen eigentlich wen? Gefährdet nicht gerade der Ressourcenverbrauch der Industriestaaten weltweit die Existenz vieler Menschen? Sind neue Bomben und Raketen eine adäquate Antwort auf »asymmetrische Bedrohungen« wie die schrecklichen Anschläge in Paris, Brüssel, Istanbul und Nizza?

Ohne Rüstung Leben wendet sich gegen die wachsende Militarisierung der Politik und fordert von der Bundesregierung eine neue Initiative für Friedens- und Entspannungspolitik. Wir lehnen eine Erhöhung der Ausgaben für neue Waffen, Soldaten und Krieg ab und fordern stattdessen eine drastische Kürzung des Rüstungsetats.

Paul Russmann

Keinen Cent mehr fürs Militär

Rüstungsetat kürzen

Vor dem CDU-Wirtschaftsrat mahnte die Bundeskanzlerin höhere Verteidigungsausgaben an. Auf einer Pressekonferenz mit der polnischen Ministerpräsidentin Szydło am 22. Juni 2016 machte sie deutlich, was sie darunter versteht: »Auf längere Perspektive [sollte man] 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben aufwenden.« Das entspräche dann einer Erhöhung auf bis zu 60 Milliarden Euro!

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim CDU-Wirtschaftsrat
Foto: dpa

Ohne Rüstung Leben wendet sich gegen eine Erhöhung der Ausgaben für neue Waffen, Soldaten und Krieg und fordert stattdessen eine drastische Kürzung des Rüstungsetats. Wir fordern von der Bundesregierung:

- kein Geld für Kriegseinsätze und neue Rüstungsprojekte
- mehr Geld für Bildung und soziale Leistungen
- mehr Geld für Schuldenabbau und Zivile Konfliktbearbeitung.

Musterbriefe zur Aktion »Keinen Cent mehr fürs Militär – Rüstungsetat kürzen« erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

»Neue Impulse für staatliches Handeln«

Interview mit der Friedensforscherin Dr. Corinna Hauswedell

Das *Friedensgutachten* (FGA) ist das gemeinsame Jahrbuch der Institute für Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen untersuchen die internationale Konfliktrealität aus friedensstrategischer Perspektive. Eine der Herausgeberinnen ist Dr. Corinna Hauswedell, die unter anderem wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg ist. Die Redaktion der Ohne Rüstung Leben-Informationen sprach mit der engagierten Wissenschaftlerin über das im Juni erschienene FGA 2016.

Liebe Corinna, in diesem Jahr ist das FGA zum 30. Mal erschienen. Was soll mit dem FGA erreicht werden?

Mit dem FGA wollen die herausgebenden Institute einmal im Jahr an einem aktuellen Schwerpunkt gebündelte, kritische Analysen und Politikempfehlungen in den öffentlichen Diskurs einspeisen und neue Impulse für staatliches (und auch nichtstaatliches) Handeln setzen. In diesem Jahr zum Thema »Fluchtursachen und Verantwortung«. Die Institute sind in der Auswahl der Themen bzw. der Autorinnen und Autoren autonom.

Das FGA wird von fünf Friedensforschungsinstituten herausgegeben. Wie gelingt es, eine gemeinsame Stellungnahme zu verfassen?

Oft kein einfacher Prozess. Die fünf Herausgeberinnen und Herausgeber entwickeln auf zwei Tagungen ein gemeinsames Konzept. Sie stützen sich für die Themen ihrer Stellungnahme auf Arbeitsschwerpunkte der Institute, Aussagen in den Einzelaufsätzen und auf einen informierten Dialog. Der muss nicht immer zu konsensualen Formulierungen führen. Dissense werden unter Umständen und je nach Gewicht auch im Text der Stellungnahme sichtbar gemacht.

Was sind die Kernaussagen des diesjährigen FGA?

Als wesentliche Fluchtursachen werden Krieg und Gewalt, damit einhergehender staatlicher Zerfall, aber im Hintergrund auch die ökonomischen Prozesse einer ungerechten Welthandelsordnung gesehen. Das FGA 2016 prangert deshalb die Kumpanei der Industrieländer mit raffgierigen Eliten autokratischer Länder an. Und warnt zugleich davor, den Erfolg externer Eingriffe in Gewaltkonflikte zu überschätzen. Die desaströsen Erfahrungen in

IS-Kämpfer mit Sturmgewehren Typ AK-47
Foto: dpa

Dr. Corinna Hauswedell
Foto: privat

Afghanistan, im Irak und in Libyen sollten eine Lehre sein. Das FGA empfiehlt, die Waffenlieferungen an die Peschmerga einzustellen. Es verlangt ein Ende der Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments nach einem Waffenembargo. Gefordert werden ein Rüstungsexportgesetz und darin ein Verbot der Vergabe von Lizenzen für die Kleinwaffenproduktionen an Drittstaaten sowie eine zuverlässige Endverbleibskontrolle vor Ort.

Frankreich verdient nach den Anschlägen am 13. November 2015 in Paris Solidarität. »Aber den IS besiegt man nur politisch«, betont das FGA. Gegen seine Strahlkraft im arabischen Raum könnten Partizipation und Reformen helfen, die soziale Standards absichern. Dringlich ist mehr Präventionsarbeit gegen europäischen Dschihadismus. Erst Ausgrenzung und Entfremdung machen die Versprechen des IS attraktiv. Das FGA fordert mehr Ressourcen für soziale Integration und politische Teilhabe, damit verunsicherte junge Menschen ein Gefühl gleichberechtigter Zugehörigkeit in Europa entwickeln können.

Gibt es konkrete friedenspolitische Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung?

Für zivile Strategien und humanitäre Hilfe sind mehr Ressourcen nötig. Deutschland sollte hierbei eine Vorbildrolle einnehmen und sich an der Umsetzung der *Sustainable Development Goals* (Ziele nachhaltiger Entwicklung) der UN aktiver beteiligen. Humanitäre Organisationen in der Türkei, im Libanon und in Jordanien benötigen dringend mehr Geld für die Versorgung von Flüchtlingen. Das FGA begrüßt die Arbeit an einem neuen Leitliniendokument für Zivile Krisenprävention, hält allerdings die Aufstockung der Mittel von 95 auf 248 Millionen Euro für unzureichend. Die für 2016 geplanten Ausgaben für militärische Beschaffung betragen das 18-Fache!

Das FGA begrüßt die Initiative der Bundesregierung für einen »Solidarpakt für Flüchtlinge«; gebraucht wird ein verlässlicher Schlüssel zur Verteilung der Flüchtlinge. Er muss sanktionierbar sein, um die normative Basis der EU zu retten. Statt nationaler Abschottung werden europäische Behörden benötigt, die den geordneten Grenzübertritt von Einreisenden und Schutzsuchenden gewährleisten und

Asylanträge ermöglichen. Das FGA fordert ein Einwanderungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode; die Integrationsangebote als Teil einer gegen Verdrängungsängste gerichteten Sozialpolitik müssen entschieden ausgeweitet werden.

Wie schätzt du die Ausstrahlungskraft des Gutachtens auf die Öffentlichkeit und die Politik ein?

Realistisch. Aber wir beobachten seit einigen Jahren sowohl eine wachsende Medienresonanz als auch mehr Wünsche nach Dialog und »Beratung« im politischen Berlin.

Was ist deine persönliche Motivation, am FGA mitzuwirken?

In so schwierigen internationalen Zeiten ist es einigermaßen befriedigend, zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen an einem kritisch-rationalen, auf alternatives Handeln gerichteten Diskurs in bescheidenem Umfang mitwirken zu können.

Wir danken dir herzlich für das informative Gespräch.

www.friedensgutachten.de

»… nicht ohne Russland!«

Appell für eine friedliche Zukunft Europas

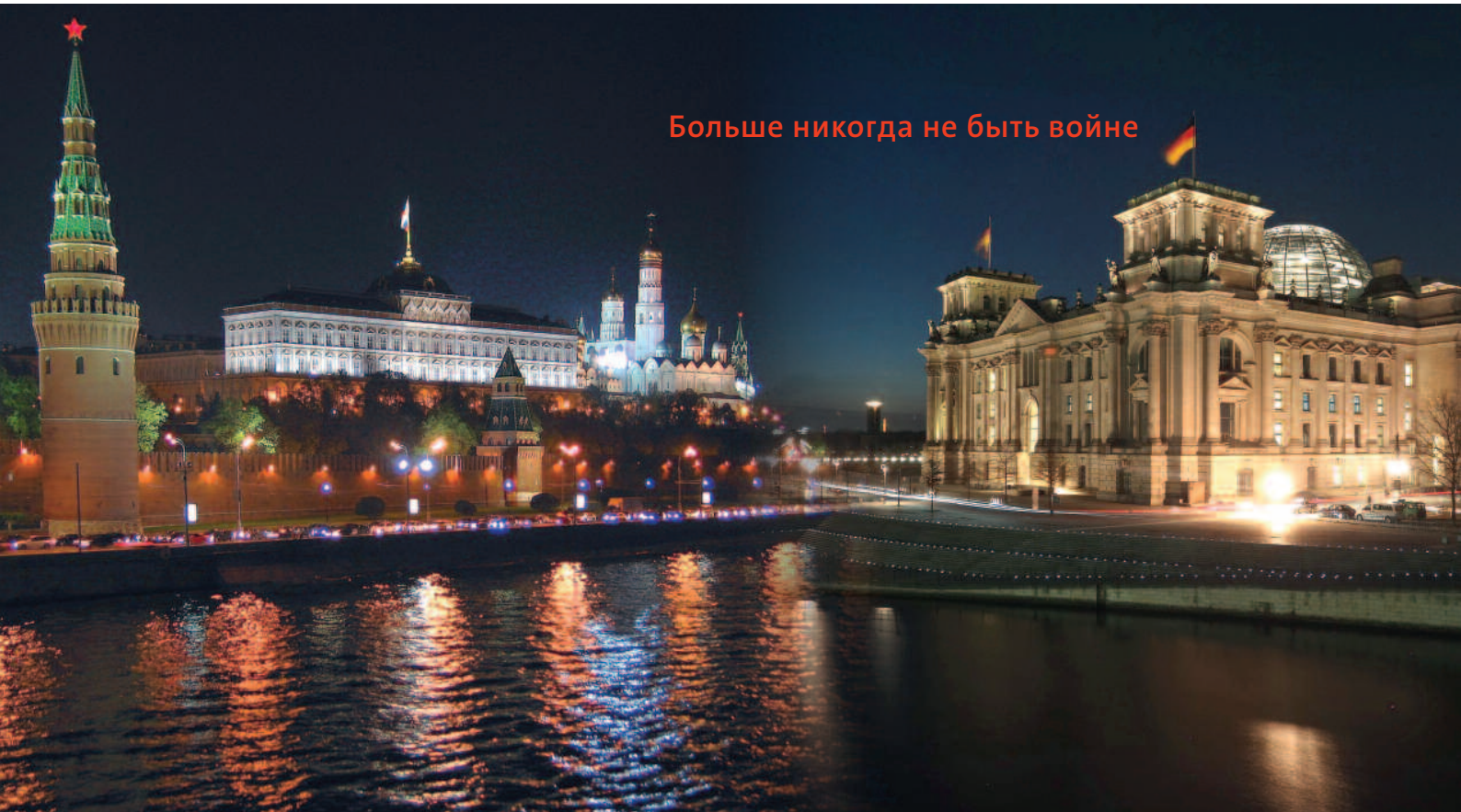
75 Jahre nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion finden an der Grenze zwischen Europa und Russland militärische Manöver statt. In Worten und Taten wird gefährlich aufgerüstet. Politiker Russlands, der USA und der EU schieben sich gegenseitig die Verantwortung in Konflikten von der Ukraine bis nach Syrien zu. Darüber steht die erträumte und gelebte Realität eines gemeinsamen Europas in Frieden und Freiheit auf dem Spiel.

Es ist heute unumstritten, dass der Deutsch-Sowjetische Krieg, der am 22. Juni 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion begann, der ungeheuerlichste und brutalste Vernichtungskrieg war, den die Welt je gesehen hatte. Wie viele Menschen dabei ihr Leben verloren, kann niemand mehr feststellen. Seriöse Quellen sprechen von 25 bis zu 43 Millionen Toten, unter denen die sowjetischen Opfer mehr als drei Viertel ausmachten.

Schwere Aufarbeitung und Versöhnung

Hitlerdeutschland plante von Beginn an einen Vernichtungskrieg: Menschenrechte und Kriegsrecht, etwa das »Genfer Abkommen zur Behandlung von Kriegsgefangenen«, wurden systematisch verletzt. Millionen Kriegsgefangene verhungerten oder erfroren; höherrangige Soldaten wurden erschossen. Wehrmacht und SS begingen Massaker an der Zivilbevölkerung, belagerten ganze Städte, um sie auszuhungern, und trieben die Vernichtung aller osteuropäischen Juden mit unfassbarer Präzision und Brutalität voran.

Auf den Zweiten Weltkrieg folgte der »Kalte Krieg«. Die Aufarbeitung der Verbrechen und eine Versöhnung zwischen den Ländern und Menschen konnten so erst Jahrzehnte später zögerlich beginnen. Auch deshalb leben wir heute, 75 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion, wieder in einer Zeit der Konfrontationen. Doch unsere gemeinsame Geschichte kann für Deutschland und Russland zu einer großen Chance werden.



»Nie mehr soll Krieg sein«: Kreml und Reichstag rücken in unserer Montage sinnbildlich zusammen
Fotos: gemeinfrei

Ohne Rüstung Leben fordert neue Qualität der Beziehungen

Viele Stimmen aus Wissenschaft, Politik, Kirchen und Zivilgesellschaft sprechen sich laut gegen den neuen Konfrontationskurs beider Seiten aus. Deutschland könne auf Grund seiner Geschichte eine Vermittlerrolle zukommen. So drängt zum Beispiel Harald Kujat, Bundeswehrgeneral a. D. und bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, darauf, den NATO-Russland-Rat als Mittel des Krisenmanagements und der Deeskalation zu nutzen.

»Niemand in Europa will Krieg gegen Russland führen. Warum muss man dann aber mit ihm drohen?«, fragt der Historiker Jörg Baberowski im Interview mit der *Leipziger Volkszeitung*. Ohne Rüstung Leben fordert gemeinsam mit über 100 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern in einem von der IALANA initiierten Appell, »aus dem bislang schrecklichsten aller Kriege endlich die Lehren zu ziehen: Für eine neue Qualität der Deutsch-Russischen Beziehungen«. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge.

Eine Zukunft für Europa – nicht ohne Russland

»Die Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen sind für beide Länder von herausragender Bedeutung. Russische Kunst, Literatur, Musik und Ballett gehören ebenso zu den Säulen europäischer Kultur wie die deutsche [Kultur]. Dies kann die Basis sein für freundschaftliche Beziehungen, in denen offen und mit Verständnis für die jeweiligen Interessen der anderen Seite über unterschiedliche politische Konzepte im besten Sinne eines Diskurses gestritten werden kann. Das schließt die wechselseitige Kritik an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen und einseitigen Maßnahmen ausdrücklich mit ein.«

»Eine völlige Abrüstung aller Atomwaffen ist erforderlich, um das Überleben der Menschheit zu sichern. Anstelle des Aufbaus von Raketenbasen in Osteuropa und der Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands – wie bei dem derzeit geplanten Aufbau von vier NATO-Bataillonen in Polen und im Baltikum, davon eines in Litauen unter deutscher Führung – benötigen wir eine Stärkung von Institutionen der kollektiven Sicherheit wie der OSZE.«

»An dem historischen Jahrestag des 22. Juni 2016 wenden wir uns daher an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die deutsche Bundesregierung: Allein eine Politik der Verständigung mit Russland und der Lösung von Konflikten und Interessenwidersprüchen auf der Grundlage des Völkerrechts bietet die Perspektive einer friedlichen Zukunft für Europa.«

Simon Bödecker

Foto:
Simon Bödecker

Dieser Artikel erschien am 22. Juni 2016, dem Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, auf der Internetseite von Ohne Rüstung Leben. Dort können Sie auch den vollständigen Appell *Eine Zukunft für Europa – nicht ohne Russland* herunterladen.

Unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten finden Sie regelmäßig neue Nachrichten und Hintergrundberichte zu tagesaktuellen friedenspolitischen Themen und zu unseren Aktionen. Damit sind Sie auch in der Zeit bis zur nächsten Ausgabe der Ohne Rüstung Leben-Informationen immer gut informiert.

Kleinwaffenexporte und ihre Folgen – global und ganz nah

Am 12. Juni 2016 fand der letzte Workshop unserer Veranstaltungsreihe zum Projekt »Kleinwaffen: Ein großes Hindernis auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung« statt. Wir blicken zurück auf lebendige Diskussionen, tiefgehende Reflexionen, bewegende Begegnungen und dokumentieren Eindrücke aus den Veranstaltungen.

Vortrag mit Jürgen Grässlin zum Projektstart im Februar 2016
Fotos: Jens Volle

Die konkreten Folgen der Verbreitung, der Verfügbarkeit und des Einsatzes von Kleinwaffen in Ländern des Globalen Südens standen im Mittelpunkt der drei Workshops in Stuttgart, Freiburg und Heidelberg. Anhand von Fallbeispielen aus aller Welt erarbeiteten und diskutierten die Teilnehmenden der Workshops die Auswirkungen von bewaffneter Gewalt auf nachhaltige Entwicklung und verschiedene Lebensbereiche: Wie wirkten sich die bewaffneten Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo auf die Gesundheitsversorgung und den Zugang zu Bildung aus? Welche Ursachen gibt es für die hohe Gewaltkriminalität in Honduras? In wieweit sind Kleinwaffen für die Konflikteskalation in den Bürgerkriegen im Sudan und Südsudan verantwortlich?

Globale und lokale Perspektiven

Teil der Workshop-Diskussionen war eine kritische Analyse der im September 2015 von der UN verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitsziele der *Agenda 2030* und ihre friedenspolitische Relevanz. Frieden ist hier als eigenes Ziel verankert und in der Präambel der Resolution einer von fünf Grundpfeilern: »Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.«
Ebenso diskutiert wurden die Folgen der Kleinwaffenexporte, die vor Ort in Deutschland zu spüren sind. In Kleingruppen sprachen die Teilnehmenden zum Beispiel über Rüstungsexporte als Fluchtursache und tauschten ihre Erfahrungen in der Arbeit mit Geflüchteten aus.

Unterschiedliche Sichtweisen aufgegriffen

Neben den inhaltlichen Programmpunkten boten die Workshops auch Raum zum praktischen Ausprobieren und Anwenden des Gelernten. Einen hitzigen Schlagabtausch lieferten sich die Teilnehmenden im Rollenspiel als Angestellte von Heckler & Koch, Befreiungskämpferinnen, Vertreter der Bundesregierung, Friedensaktivistinnen und Entwicklungshelfer, als sie sich mit Argumenten für und gegen Rüstungsexporte in einer Streitreihe gegenüberstanden. Die unterschiedlichen Argumente und Sichtweisen griffen wir am Ende des Workshops auf und erörterten gemeinsam Handlungsoptionen für die Eindämmung des legalen und illegalen Waffenhandels.

Kerstin Deibert

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Das Projekt »Kleinwaffen: Ein großes Hindernis auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung« wird finanziell gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

sowie vom *Katholischen Fonds*.

»Ein verheerendes Signal«

Ermittlungen gegen Daniel Harrich und Jürgen Grässlin

Im September 2015 strahlte die ARD im Rahmen ihres Themenabends »Deutsche Waffenexporte« die Dokumentation *Tödliche Exporte – wie das G 36 nach Mexiko kam* aus (siehe Ohne Rüstung Leben-Informationen 154). Ein großer Erfolg: Millionen sahen die Ergebnisse der Recherchen von Daniel Harrich, Danuta Harrich-Zandberg und Jürgen Grässlin. Das Team wurde für seine »außergewöhnliche investigative Recherche« am 8. April 2016 mit dem renommierten Grimme-Preis ausgezeichnet.

Staatsanwaltschaft eröffnet Strafverfahren

Ende April folgte die überraschende Wende: »Die Staatsanwaltschaft München [ermittelt] jetzt nach einer Strafanzeige der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen uns drei Autorinnen und Autoren«, berichtet Jürgen Grässlin, Sprecher der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Harrich und seinem Team wird vorgeworfen, Zitate von Schriftwechseln zwischen Heckler & Koch und Genehmigungsbehörden veröffentlicht zu haben. Dabei handele es sich um amtliche Unterlagen aus dem laufenden Strafprozess gegen ehemalige Mitarbeiter von Heckler & Koch. Die Veröffentlichung sei somit nach § 353d Strafgesetzbuch strafbar.

Die besagten Dokumente entdeckten Harrich und sein Team im Rahmen ihrer Recherche. Im Dokumentarfilm sowie dem zugehörigen Buch *Netzwerk des Todes* werden sie gezeigt. Film und Buch entstanden allerdings bereits lange vor der Anklageerhebung gegen die ehemaligen Mitarbeiter von Heckler & Koch im November 2015. Anders gesagt: Die Autoren konnten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung gar nicht wissen, ob es überhaupt jemals ein Strafverfahren geben und die besagten Dokumente dort eine Rolle spielen würden.

Daniel Harrich (3. v. l.) und Jürgen Grässlin (2. v. r.) mit dem Grimme-Preis 2016
Foto: dpa

Als Einschüchterungsversuch verstanden

Die Ermittlungen gegen sich selbst verstehen Daniel Harrich und sein Team als Einschüchterungsversuch. Der Jurist und Journalist der *Süddeutschen Zeitung* Heribert Prantl spricht gar von einem verheerenden Signal, das an investigative Journalistinnen und Journalisten gesendet werde. Einschüchtern lässt sich Daniel Harrich aber nicht. Die Ermittlungen gegen sein Team, so sagt er, seien »ein Zeichen dafür, dass wir gut gearbeitet haben«.

Simon Bödecker

Dieser Artikel erschien Anfang Juni 2016 unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Paul Russmann spricht auf der AHV 2016

Bei der Aktionärshauptversammlung 2016 der Daimler AG prangerte Paul Russmann, Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben und Sprecher der Kritischen Aktionäre Daimler, den Export von Militärfahrzeugen an und stellte dazu kritische Fragen. Für die Daimler AG antwortete das Vorstandsmitglied Bodo Uebber. Wir dokumentieren die Fragen und Kernaussagen der Antworten.

Entrüstet Daimler!

Paul Russmann *Kein Wort verliert die Daimler AG in ihrem Geschäftsbericht 2015 und auf ihrer Homepage über die Lieferung von Militär-Unimogs und Panzertransporten in kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten. Welche Gründe sprechen dagegen, diesen Geschäftsbereich im Geschäftsbericht 2015 und auf der Website zu erwähnen?*

Bodo Uebber Das Militärgeschäft hat einen so kleinen Umfang, dass es nicht separat im Geschäftsbericht ausgewiesen wird. Es gibt dafür eine extra Webpage. Dieser Internetzugang soll die interessierten Bedarfsträger über das Produktportfolio informieren, das die Daimler AG diesem Kundenkreis anbietet.

Befürchtet der Vorstand mit einer Veröffentlichung der Lieferung von Militärgütern im Geschäftsbericht und auf der Webseite unseres Unternehmens einen Reputationsschaden?

Wir befürchten keinen Reputationsschaden. Die Bundesrepublik Deutschland ist auf der Basis des Grundgesetzes in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis integriert und leistet damit einen Beitrag zur eigenen und der Sicherheit der Partnerländer. Über die Notwendigkeit, diese Sicherheit zu erhalten, besteht in unserer Gesellschaft ein breiter Konsens.

Wie viele Militär-Unimogs, Militärtransporter und Militärlastkraftwagen wurden im Jahre 2015 in welche Länder exportiert?

Die Daimler AG hat im Jahr 2015 insgesamt 3.465 militärische Fahrzeuge in insgesamt 16 Länder exportiert. Diese waren: Abu Dhabi, Algerien, Australien, Bahrain, Finnland, Frankreich, Jordanien, Kuwait, Lettland, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Schweden, die Schweiz, die Tschechische Republik und die Türkei.

Die Daimler AG hat das Thema Exportkontrolle in einer Konzern-Richtlinie ausführlich geregelt – behauptet die Verwaltung. Wo wurde diese Konzern-Richtlinie veröffentlicht?

Diese Richtlinie ist eine interne Richtlinie und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Sie steht unseren Mitarbeitern in der internen Datenbank zur Verfügung.

Die Daimler AG behauptet, sie habe für Regierungs- und regierungsnahe Geschäfte interne Prozesse eingeführt, die eine eigene kritische Überprüfung vorsehen. Diese beinhaltet im Einzelfall auch den Verzicht auf Geschäfte, die durchaus rechtskonform abzuwickeln wären. Auf welche Geschäfte wurde denn in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2015 verzichtet, die durchaus rechtskonform abzuwickeln wären?

Auch im Jahr 2015 hat es negative Entscheidungen gegeben.

Weitere Informationen über die Kritischen Aktionäre finden Sie unter www.kritische-aktionaere.de.

Schlussakkord dem Drohnenmord

Klassisches Konzert vor dem AFRICOM in Stuttgart

Die Lebenslaute ist eine Gruppe engagierter Musikerinnen und Musiker, die sich seit 1986 unter dem Motto »Klassische Musik – Politische Aktion« bundesweit zusammenfinden. Als offene Musik- und Aktionsgruppe von Laien und Profis bringen sie klassische Musik dort zum Klingen, wo dies nicht unbedingt erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Atomfabriken, Raketendepots und an anderen die Menschenrechte bedrohenden Orten.

Ostern 2016: Kranzniederlegung am AFRICOM
Foto: Jens Volle

Die US-Kommandozentralen

In Stuttgart befinden sich zwei der sechs US-Kommandozentralen, in denen weltweit alle Einsätze der US-Armee koordiniert werden:

- Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen befehligt die US-Atomwaffen in Europa. Darüber hinaus unterstützte es zum Beispiel die Angriffe gegen den Irak, Serbien und die Kriegsmanöver in der Ukraine. Bereits im Sommer 2003 hatten die Lebenslaute hier mit einem Konzert die Zufahrtsstraße blockiert.
- Das AFRICOM in Stuttgart-Möhringen steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika. Hier werden die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt. Menschen, die auf einer solchen Todesliste stehen, werden – nach der Freigabe durch den US-Präsidenten – ohne Anklage und Urteil gezielt getötet.

Lebenslaute in Stuttgart

Am 29. August 2016 werden Orchester und Chor der Lebenslaute mit einer Konzertblockade das AFRICOM (Kelley Barracks, Plieninger Straße 289, 70567 Stuttgart) dicht machen.

Die Lebenslaute fordern:

- Schluss mit dem Drohnenkrieg!
- Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!
- Schließung des AFRICOM und aller Militär-Kommandozentralen!
- Fluchtursachen bekämpfen!
- Keine Kriege von deutschem Boden aus!

Das Konzertprogramm

Das folgende musikalische Programm ist vorgesehen:

- Wolfgang Amadeus Mozart: *Requiem* KV 626 (Auszüge)
- Wolfgang Pasquay: *Über den vier Städten* (Friedensoratorium III)
- Leonard Bernstein: »I want to be in America«
- Ludwig van Beethoven: *Coriolan-Ouvertüre*, op. 62
- Camille Saint-Saëns: *Danse Macabre,* op. 40
- Carl Heins: Marsch »*Mit Bomben und Granaten*« (bearbeitet)
- Mario Castelnuovo-Tedesco: *Romancero Gitano,* op. 152 (Auszüge)
- Wolfgang Reszko: »Sage nein«

Die Lebenslaute freuen sich über weitere geübte Sängerinnen und Sänger, Orchestermusikerinnen und -musiker als Verstärkung.

Kontakt und Anmeldung:
Sabine Will, Fehrbelliner Straße 7, 10119 Berlin, Tel. 030 4499779, oder 0160 92619994, lebenslaute2016@riseup.net, www.lebenslaute.net.

Aktiv gegen Atomwaffen

Ohne Rüstung Leben setzt sich seit vielen Jahren mit vielfältigen Aktivitäten für die Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen ein. Mit folgenden Aktionen soll der Druck aus der Zivilgesellschaft für die atomare Abrüstung verstärkt werden.

Städte zeigen Flagge

Am 8. Juli 2016 setzten die Bürgermeister für den Frieden vor den Rathäusern von 200 deutschen Städten ein sichtbares Zeichen und zeigten Flagge für eine Welt ohne Atomwaffen. Der Flaggentag erinnerte an den 20. Jahrestag des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996. Demzufolge verstoßen »die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.« Das Gutachten mahnt die völkerrechtliche Verpflichtung an, »in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.« Näheres zu den Bürgermeistern für den Frieden finden Sie unter **www.mayorsforpeace.de.**

Radler machen Strecke

Der Pacemakers-Radmarathon für eine atomwaffenfreie Welt findet bereits zum zwölften Mal in Folge statt. 150 Radsportlerinnen und Radsportler starten am 6. August 2016 in Bretten. Die 340 km lange Tour führt über Heidelberg, Mannheim, Kaiserslautern, Ramstein und Neustadt wieder zurück nach Bretten. Zusätzlich wird am 7. August eine 26 stündige XXL-Tour mit 35 Teilnehmenden von Bretten über Pforzheim, Haigerloch, Tübingen, Stuttgart wieder zurück nach Bretten stattfinden. Als einer der Sponsoren lädt Ohne Rüstung Leben dazu ein, die Vorbeiradelnden an den Strecken mit Zurufen anzufeuern. Informationen zu den Pacemakers und den geplanten Strecken finden Sie unter **www.pace-makers.de.**

Die Flagge der Bürgermeister für den Frieden vor dem Rathaus in Düsseldorf
Foto:
Simon Bödecker

Hiroshima und Nagasaki mahnen

Auch 71 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki bedrohen uns weltweit mehr als 15.000 Atomsprengköpfe. Statt alle Atomwaffen abzuschaffen, werden zahlreiche Sprengköpfe modernisiert. Die Gefahr eines Atomkrieges wächst wieder. Am Vorabend des Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, am 5. August 2016, werden wir zwischen 18:00 und 19:00 Uhr mit einer Mahnwache vor der US-Atomwaffenkommandozentrale EUCOM in Stuttgart-Vaihingen den Opfern der beiden Atombombenabwürfe gedenken.

Weitere Informationen und eine Anfahrtsbeschreibung finden Sie unter **www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.**

Paul Russmann

informationen
157 | 2016-3

Liebe Leserin, lieber Leser,

»Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind.« So heißt es in der Präambel der *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* unter dem Stichwort »Frieden«, einem von fünf Grundpfeilern der Resolution. Am 25. September 2015 wurde die *Agenda 2030* auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedet. Sie umfasst 17 Ziele, mit denen die UN eine Transformation der Welt zum Besseren anstrebt. Eines dieser Ziele ist »Frieden und Gerechtigkeit«. Darüber hinaus sind Maßnahmen zum Klimaschutz, Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungleichheiten, verantwortungsvoller Konsum und die Förderung von inklusiver und gerechter Bildung unter den Zielen, die sich die Weltgemeinschaft bis zum Jahr 2030 gesetzt hat.
Die Herausforderungen sind immens, die Aufgaben ambitioniert. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, wie es die Bundeskanzlerin fordert (Seite 2), wird allerdings keine einzige der globalen Herausforderungen lösen.

Die Vision einer Welt, in der sich alle Menschen in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können, darf nicht nur eine Vision bleiben. Dafür ist eine radikale Umkehr mit kühnen und transformativen Schritten notwendig.

Ich freue mich, gemeinsam mit Ihnen an dieser Vision zu arbeiten.

Ihre Kerstin Deibert

7014

Zeitungs-
bund Nr.

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Ist Ihre Anschrift ohne Fehler?
Bitte senden Sie Änderungswünsche an die folgende E-Mailadresse: orl-info@gaia.de.

Vergessen Sie dabei nicht, zusätzlich Ihre bisherige Anschrift anzugeben. Herzlichen Dank.

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
Telefax 0711 608357
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Paul Russmann

Gestaltung, Satz und Lektorat
Atelier Sternstein | manufactur m

Druck
UWS-Druck, Stuttgart

Auflage: 15.500

Ohne Rüstung Leben ist Träger des Göttinger Friedenspreises 2011.

Inhalt

1 | Titel
Um jeden Preis?

2 | Aktion
Keinen Cent mehr fürs Militär

3 | Hintergrund
»Neue Impulse für staatliches Handeln«

5 | Hintergrund
»... nicht ohne Russland!«
Appell für eine friedliche Zukunft Europas

7 | Aktuell
Kleinwaffenexporte und ihre Folgen – global und ganz nah

8 | Aktuell
»Ein verheerendes Signal«
Ermittlungen gegen Daniel Harrich und Jürgen Grässlin

9 | Aktuell
Entrüstet Daimler!

10 | Aktion
Schlussakkord dem Drohnenmord
Konzert vor dem AFRICOM

11 | Aktion
Aktiv gegen Atomwaffen

Spendenkonto
Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206
0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1
Evangelische Bank

Onlinespende
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden